

## **Artikel für die Zeitschrift „Perspektive 21“**

### **Teil der realen Welt**

#### **Wie sich rechte Hetze gegen Geflüchtete (nicht nur) im Netz ausdrückt**

*von Ansgar Drücker*

Sie nennen sich „Brandenburg wehrt sich – gegen den massenhaften Asylmissbrauch und antideutsche Politik“ oder „Nein zum Heim in Nauen“. In Facebook-Gruppen organisieren sich diejenigen, die in manchen Medien verharmlosend Asylgegner oder Asylkritiker genannt werden. Tatsächlich wenden sie sich aber gegen ein garantiertes Grundrecht und gehen mit zum Teil rassistischer oder extrem rechter Hetze, Gewaltbereitschaft oder sogar Gewalt gegen Geflüchtete vor.

Sie verabreden sich auch im Netz zu Demos und Bürgerinitiativen und rufen oft mit ihrer Propaganda die Ängste erst hervor, die dann anschließend vermeintlich „besorgte Bürger“ auf die Straße tragen, vielleicht ohne zu realisieren, vor wessen Karren sie sich damit spannen lassen. Selbst der immer deutlichere Nachweis einer extrem rechten Unterwanderung bzw. Beeinflussung von AfD und Pegida hat manch „besorgte“, aber eben auch manche selbst rassistisch eingestellte Menschen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft nicht davon abgehalten, dort mitzulaufen. Insofern erleben wir mit der populistischen Politisierung des Themas Flucht und Asyl zunehmend auch einen Tabubruch in Bezug auf sich zunehmend verbreitende rassistische und extrem rechte Äußerungen – im Netz ebenso wie auf Demonstrationen und bei Bürgerversammlungen zum Bau von Flüchtlingsunterkünften.

Längst nutzen die Rechten auch das Netz und die Sozialen Medien zum Austausch und zum Know-how-Transfer. Die neonazistische Splitterpartei „Der III. Weg“ verbreitet beispielsweise ihren Leitfaden „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft“ und will damit die Frage beantworten: „Wie be- bzw. verhindere ich die Einrichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft?“ Derartige Ansätze der Öffentlichkeitsarbeit im Netz erreichen längst nicht mehr nur extreme Rechte. Auch Bedenkenträger, die sich in Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsunterkünfte organisieren, greifen das Know-how auf, oft ohne zu wissen, dass sie extrem rechten Hetzern auf den Leim gegangen sind – oder sogar unter Inkaufnahme dessen.

Im Gegensatz zu anderen ostdeutschen Bundesländern kann die NPD in Brandenburg politisch bisher kaum von der aktuellen Diskussion über Flucht und Asyl profitieren. Das mag in Hinblick auf anstehende Wahlen eher beruhigend klingen, bedeutet aber keineswegs, dass nicht andere das Potenzial abrufen können. Aus der Selbstdarstellung im Netz lassen sich erste Rückschlüsse ziehen, was die strategische Ausrichtung der rechtsextremen Organisationen angeht: Die NPD zielt auf Erfolge im Wahlkampf und Mandate im Landtag sowie auf kommunaler Ebene und inszeniert sich bürgerlich. Die Splitterpartei „Der III. Weg“ hingegen gibt sich jung, bürgernah und lokal verankert. Auch wenn sie im Netz den Eindruck einer fast flächendeckenden Präsenz vor allem in Brandenburg zu erwecken versucht, dürfte die Zahl der dort Organisierten bundesweit eher dreistellig sein. Dennoch zeigte sich die Partei beispielsweise auf Kundgebungen und Mahnwachen in Zossen, Damsdorf, Pritzwalk oder Schwedt. Auf der nur auf den ersten Blick staatstragend daherkommenden Website nimmt die Partei kein Blatt vor den Mund und will beispielsweise den „Volkstod stoppen“, macht sich aber gleichzeitig zum Sprachrohr der Mitte der Gesellschaft und schreibt pseudo-sozialwissenschaftlich: „Mehrheit der Deutschen sagt: Asylanten sind keine Bereicherung“. Mit dieser Gleichzeitigkeit von hetzerischen Sprüchen und Grafiken einerseits und pseudoseriöser „Berichterstattung“ andererseits wirbt die Splitterpartei erst um

Aufmerksamkeit um jeden Preis und nimmt dann auch einige der Menschen mit, die meinen, hinter einem rechten Auftritt auf Sachinformationen zu stoßen.

Die Sozialen Medien bieten eben auch Platz für Fehlinformationen und Verschwörungstheorien. „Jede/r kann alles schreiben“ ist einer der eigentlich demokratisierenden Effekte der Sozialen Medien. Dies bedeutet aber auch: Es gibt keine Relevanzprüfung und keine fachliche Prüfung, keine journalistischen Qualitätsansprüche und keine externe Vorab-Kontrolle in den Sozialen Medien. Diese Eigenschaften der neuen Medien machen sich auch extreme Rechte zunutze. Es gibt Fake-Profile und Pseudo-Organisationen oder solche, die wesentlich größer scheinen, als sie sind. Es gibt schließlich Gruppen, die mit einem vermeintlich allgemein geteilten Anliegen rechte Camouflage betreiben und naive oder oberflächliche Nutzer/-innen auf rechte Seiten locken.

Das Thema Flucht und Asyl kam für viele extrem Rechte offensichtlich wie gerufen. Spätestens im Laufe des Jahres 2015 ist es zum wichtigsten Thema und Aufhänger für extrem rechte Agitation und Sichtbarkeit geworden, manchmal verborgen hinter einem „geländegängigen“ Rechtspopulismus, der die „berechtigten“ Befürchtungen der „besorgten“ Bürger vermeintlich verständnisvoll aufnimmt und anspricht. Inzwischen beschäftigen sich die meisten Blogbeiträge beispielsweise auf den Websites des III. Wegs und der NPD Brandenburg mit dem Thema Flucht und Asyl. Insbesondere Flüchtlingsunterkünfte spielen eine wichtige Rolle, ebenso eine immer wieder fälschlicherweise mit Geflüchteten in Verbindung gebrachte angebliche steigende Kriminalität.

Die ungebremsste Konjunktur des Themas im Netz korrespondiert auf dramatische Weise mit der realen Welt: In Nauen war über Monate die Initiative „Nein zum Heim in Nauen“ aktiv, auch eine „Bürgerbewegung freies Nauen“ gesellte sich zwischenzeitlich, etwas bürgerlicher daherkommend, hinzu. Im August 2015 brannte dann eine Flüchtlingsunterkunft kurz vor Beginn der geplanten Nutzung ab. Es handelte sich um den folgenschwersten Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Brandenburg seit über 20 Jahren. Die Sporthalle eines Schulzentrums wurde komplett zerstört. Der Weg von Hass und Hetze im Netz zu Brandanschlägen „auf der Straße“ scheint kurz zu sein: Bereits bis Ende November 2015 gab es in Brandenburg nach Angaben des Innenministeriums dreimal so viele Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte wie im ganzen Jahr 2014. Besonders stark fällt der Anstieg seit dem Sommer aus. Allein im dritten Quartal wurden 51 Straftaten registriert, im ersten Halbjahr waren es 26 Delikte, 2014 insgesamt 36 Taten. Flüchtlinge wurden bedroht, beleidigt oder bei Angriffen verletzt. Ähnliches gilt für Kundgebungen, die sich gegen Geflüchtete oder ihre Unterbringung richten. Hier fanden im ersten Halbjahr 2015 45 Veranstaltungen statt. Allein im Oktober fanden 31 Kundgebungen statt, ebenso viele wie im vorangegangenen Quartal insgesamt.

Leider gibt es auch immer wieder Verbindungslinien zu „offiziellen“ Äußerungen aus der etablierten Politik, die derartige Ressentiments befeuern. Im November 2015 warnte Jüterbogs parteiloser Bürgermeister auf der offiziellen Internet-Seite seiner Stadt vor Flüchtlingen mit ansteckenden Krankheiten. Auf Kritik reagierte er gereizt, wollte den amtlichen Charakter dieser Warnung aber nicht bestätigen. Er sagte dem Tagesspiegel „Ich kann inzwischen gut damit leben, als Rassist beschimpft zu werden, da bin ich stressfrei.“ Gleichzeitig postete er einem Bericht zufolge bei Facebook Beiträge rechter Verschwörungstheoretiker oder wies auf Demonstrationen des Brandenburger Pegida-Ablegers „Bramm“ hin. Das Gesundheitsministerium nannte die Äußerungen des Bürgermeisters „ganz gefährliche Stimmungsmache“, die Landrätin klärte auf: „Der Amtsarzt hat klipp und klar erklärt, dass die Gefahr, sich bei einem Flüchtling oder Asylbewerber mit einer ansteckenden Krankheit zu infizieren, nicht höher ist als bei einem Einwohner des Landes Brandenburg.“ Sie verwies zudem auf die medizinische Behandlung und Nachimpfung in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Dennoch wurde die Warnung des

Bürgermeisters vor Kontakt mit Flüchtlingen erst von der Internetseite der Stadt entfernt, nachdem am Rande einer Kundgebung von Rechtsextremen ein Sprengstoffanschlag auf einen von der Kirche betriebenen Treffpunkt für Flüchtlinge und Helfer verübt worden war.

Was sind nun aber die Auswirkungen von Hate Speech im Internet? Ist Hassrede vielleicht gar nicht so schlimm, weil sie ja „nur“ virtuell in den Tiefen der Sozialen Medien stattfindet? Oft übersehen wird die Verletzung der Betroffenen. Viele Geflüchtete verfolgen die Entwicklungen um sie herum, und viele sind vielleicht nach einem Jahr sprachlich sehr wohl in der Lage einzuordnen, was da über sie gesagt wird – und auch vorher verschaffen sie sich oft Zugänge. Schon daraus ergibt sich ein Schutzbedürfnis der Betroffenen, denn es wäre eine Illusion, dass gerade sie, die soziale Netzwerke täglich brauchen, um mit ihren Freund/-innen und ihrer Familie irgendwo auf der Welt Kontakt zu halten, die gegen sie gerichtete Welle des Hasses und der Ablehnung übersehen würden.

Zudem führen die genannten Mechanismen zu Vernetzungs- und Solidarisierungseffekten über die immer fließenderen Grenzen der extremen Rechten und Rechtspopulist/-innen hinaus – hinein in die viel beschworene Mitte der Gesellschaft, um die es gerade in der Flüchtlingskrise zu kämpfen gilt. Die Art der Kommunikation trägt dazu bei, dass sich oft unmerklich und nach und nach neben dem politischen Klima allgemein auch das konkret „Sagbare“ verändert. Rassismus wird auf diese Weise alltäglich oder zumindest Teil der alltäglichen Kommunikation vieler Menschen. Ein weiterer Effekt ist die Polarisierung in der Debattenkultur. Wenn man vermeintlich nur noch „für“ oder „gegen“ Flüchtlinge sein kann, werden einige ängstliche Gemüter sich eher für „gegen“ entscheiden – und merken vielleicht gar nicht, wie sie damit (womöglich ungewollt) das Grundrecht auf Asyl in Frage stellen.

Sich selbst als politisch neutral bezeichnende Plattformen wie Twitter oder Facebook lassen unter der Überschrift Meinungsfreiheit immer wieder Grenzüberschreitungen zu. Werden aber doch einmal rassistische Einträge gelöscht, ist schnell von Zensur die Rede, auch wenn die Nutzungsregeln der Sozialen Medien bekannt sind und es viele andere Möglichkeiten der Verbreitung von Informationen im Internet gibt. Ein möglichst diskriminierungssensibler Sprachgebrauch zur Vermeidung von Verletzungen und für Fairness wird schnell als übertriebene „political correctness“ beschrieben und gebrandmarkt. Selbst die Wochenzeitung DIE ZEIT titelte Anfang September 2015: „Was man nicht mehr sagen darf“ und beklagte sich über vermeintliche Einschränkungen in der Diskussion durch politische Korrektheit. Dabei folgt Satzanfängen wie „Man wird ja wohl noch sagen dürfen...“ oder „Ich hab ja nichts gegen Flüchtlinge, aber...“ fast immer eine rassistische Fortsetzung. Wollen wir das Normalität in unserer Alltagskommunikation werden lassen?

### Gegenstrategien

Rezeptbücher für Gegenstrategien kann es nicht geben, dazu ist die Kommunikation in den Sozialen Medien zu schnell, zu veränderbar und zu vielseitig. Schlagfertigkeit und Schnelligkeit sind ebenso eine Strategie wie das Bemühen, absurden oder falsch zusammengestellten Tatsachenbehauptungen Fakten entgegen zu stellen, auch wenn dies bei emotional aufgeladenen Themen wie Flucht und Asyl oft keine hinreichende Strategie ist. Wenn es aussichtsreich erscheint, kann man Verbündete suchen. Wenn es angemessen ist, können Humor und Ironie ein Gegenmittel sein. Wichtig ist es in jedem Fall, dran zu bleiben, wenn man eine Gegenposition bezogen hat, sich aber nicht in unproduktive Endlosdiskussionen in Sozialen Medien verwickeln lassen. Beiträge mit Grenzverletzungen oder offenkundigen Rechtsverstößen können dem jeweiligen Portal gemeldet, Postings oder Tweets als rassistisch benannt und diese Einordnung kurz und stichhaltig begründet werden.

Weitere Handlungsspielräume ergeben sich, wenn Kritik an der Flüchtlingspolitik und Beschimpfungen von Geflüchteten auf eigenen Seiten auftauchen, z. B. in Facebook-

Kommentaren. Auch hier ist das Repertoire der Reaktionsmöglichkeiten auf den Einzelfall anzupassen. Die Bandbreite reicht von Ignorieren (verbunden mit dem Risiko des Stehenlassens und Wirkens von Hate Speech) über das Moderieren der eigenen Seite als oft aufwendiger Beitrag zu einer positiven Debattenkultur bis zum Diskutieren mit guten Argumenten, die vielleicht von respektierten Personen vorgebracht werden, wofür allerdings ggf. eine hohe persönliche Frustrationstoleranz erforderlich ist. Weitere Stilmittel sind das Ironisieren, also ein humorvoller, schlagfertiger Umgang, der Rassismus hoffentlich entlarvt und nicht banalisiert. Ja, Ironie kann auch ein Ventil für genervte Rassismuskritiker/-innen sein...

Bundesjustizminister Heiko Maas ist im August 2015 in dankenswerter Deutlichkeit auf Facebook losgegangen und hat den Umgang mit rassistischen Posts als unzureichend kritisiert. Aber nicht alles wird der blaue Konzern für uns lösen können, Heiko Maas sicherlich auch nicht. In diesem Bereich ist nicht nur unsere Zivilcourage, sondern sind sowohl das Anzeigeverhalten als auch die Sensibilität der Strafverfolgungsbehörden noch unterentwickelt. Facebook ist keine virtuelle Halbwelt, in der alles nicht so ernst gemeint ist oder keine Bedeutung über das Virtuelle hinaus hat. Facebook ist Teil der realen Welt vieler Menschen. Sie lernen sich dort kennen und sind dort unter Umständen genauso verletzbar und angreifbar wie auf der Straße. Dieser Kulturwandel ist weder politisch oder in der Prävention noch kriminologisch bisher ausreichend nachvollzogen worden, und die Gesetzeslage hängt – wie so oft im Bereich der neuen Medien – noch weit hinter unserem bereits verspäteten Bewusstsein zurück.

Zeigen wir also jetzt schon die notwendige Sensibilität für Hassrede und für Gesetzesverstöße bei Facebook, Twitter und in anderen Sozialen Netzwerken und entwickeln wir wirksame und angepasste Gegenstrategien für die jeweilige Situation. Zur Hintergrundinformation können dabei u. a. folgende Informationsquellen dienen:

- Broschüre zu Hate Speech der Amadeu Antonio Stiftung: <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/hatespeech.pdf>
- Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle 2015: <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle> (2014: vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/chronik-zu-angriffen-und-hetze-gegen-fl%C3%BCchtlinge-2014-9322>)
- Aktuelle Artikel zum Thema Hetze gegen Flüchtlinge: <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikon/hetze-gegen-fl%C3%BCchtlinge>
- Unterrichtsmaterial zu Hate Speech: [http://zfds.zeit.gaertner.de/content/download/576/3851/file/ZfdS\\_2015\\_11\\_Hate%2520Speech11.pdf](http://zfds.zeit.gaertner.de/content/download/576/3851/file/ZfdS_2015_11_Hate%2520Speech11.pdf)

*Ansgar Drücker ist Geschäftsführer des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. mit Sitz in Düsseldorf. IDA ([www.idaev.de](http://www.idaev.de)) ist das bundesweit tätige Dienstleistungszentrum der Jugendverbände für die Themenfelder (Anti-)Rassismus, Rechtsextremismus, Migration, Interkulturalität und Diversität.*